

„Happy Banana“ und „Saubräu“

„Aktion Agrar“ setzt sich mit fantasievollen Kampagnen für eine „Landwende“ ein

Pat Christ

„Aktion Agrar“ setzt sich für eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft ein (im Bild das Feld eines Biohofs im Spessart). – Alle Fotos dieses Beitrages: © Pat Christ

Sie engagieren sich für eine Landwirtschaft, die Menschen, Tieren und Natur gut tut: Seit September 2014 gibt es die Kampagnen-Organisation „Aktion Agrar“ aus dem niedersächsischen Verden. Das Team, dem Jutta Sundermann angehört, versucht, politisch Einfluss zu nehmen. Es fordert Agrarkonzerne heraus und appelliert an Verbraucherinnen und Verbraucher, endlich wegzukommen von Lebensmittel-Schnäppchenkäufen und überbordendem Fleischkonsum.

Die Öffentlichkeitsarbeiterin Jutta Sundermann erklärt: „Uns bewegte bei der Gründung die Frage, wie unsere Ernährung und unsere Landwirtschaft in Zukunft aussehen werden und welche Perspektive es gibt für ein Leben auf dem Land“. Eine Agrarwende ist nach Ansicht der Organisation dringend notwendig. „Im Moment exportieren wir zum Beispiel sehr viel, mit gravierenden Folgen für Menschen in vielen Ländern dieser Welt“, erläutert Sundermann.



„Aktion Agrar“ streitet für eine bäuerliche Landwirtschaft.

Wenige Monate nach der Gründung machte „Aktion Agrar“ mit einer ersten Kampagne auf sich aufmerksam. Es ging um die Düngeverordnung. Diese Kampagne zog sich lange hin. Erst am 16. Februar verabschiedete der Bundestag die Verordnung, die die europä-

ische Nitratrichtlinie in nationales Recht umsetzen soll. Der Bundesrat stimmte der Reform am 10. März zu.



In vielen Regionen Deutschlands wird der Nitrat-Grenzwert überschritten.

Für „Aktion Agrar“ ist das Thema damit noch nicht gegessen. Die Initiative will dranbleiben und die EU-Kommission an ihre Verantwortung erinnern. „Aufgrund ihrer laufenden Klage gegen die Bundesregierung wegen Verstoß gegen die Wasserschutzrichtlinie muss sie das neue Gesetzespaket absegnen“, erklärt die Organisation. Erste Andeutungen wiesen darauf hin, dass Brüssel mit dem jetzigen Stand der Dinge noch nicht zufrieden ist und Nachbesserungen fordern wird. „Wenn sich die Grundwasserwerte nicht verbessern, wird es für die Wasserwerke immer schwieriger und für die Steuerzahlenden immer teurer, unser Trinkwasser aufzubereiten“, so „Aktion Agrar“.

Gegen Lebensmittelverschwendung

Im Sommer 2015 legte sich die Organisation mit Adrianus Straathof, einem der größten Ferkelproduzenten Europas an. Im Herbst letzten Jahres wurde zusammen mit Bündnispartnern unter dem Motto „Leere Tonne“ eine Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung beendet. Alle drei bis vier Monate initiiert die „Aktion Agrar“ eine neue,

kreative Kampagne. Dabei tritt das Team mit ungewöhnlichem Material, frechen Videoclips und Mitmachaktionen an die Öffentlichkeit.

„Letztes Jahr kurz vor Weihnachten haben wir die Menschen zum Beispiel aufgefordert, Kekse zu backen und sie in Tütchen mit der Forderung nach ‚freiem Weizen‘ zu stecken“, erzählt Jutta Sundermann. 4.300 Menschen in fast 100 Städten hatten sich an der Aktion beteiligt. Sie kritisierten damit die Forschungsprogramme von Landwirtschafts- und Forschungsministerium für die Züchtung von Hybridweizen. Um gegen Lebensmittelverschwendung zu protestieren, wurde vor einem Jahr ein kamerunisches Start-Up namens „Happy Banana“ erfunden. Das imaginäre Unternehmen warf von vornherein 20 Prozent der Bananenernte weg, um deutsche Supermärkte zu entlasten.

Um darauf aufmerksam zu machen, was Tierfabriken und Kneipen miteinander zu tun haben, wurde der „Saubräu Bierdeckel“ kreiert. Viele Tiere auf engem Raum bedeutet viel zu viel Gülle für die Böden, erläutern die Aktivisten. Diese Überdosis landet im Grund- und Trinkwasser und kann in der Folge auch das Bier verunreinigen.

Immer weniger Höfe

„Mit einem Mahnmal aus hunderten von leeren Gummistiefeln erinnerten wir im Frühjahr 2016 vor dem Landwirtschaftsministerium in Schwerin an die 3.200 geschlossenen Höfe im Jahr 2015“, schildert Sundermann. Wie extrem sich die Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt hat, ist ein großes Thema der Bewegung. Die Zahl der Be-



Gemeinsam mit Bauern will „Aktion Agrar“ die Landwende voranbringen.

triebe nimmt rapide ab. Ein überschaubares Beispiel gibt der Landkreis Tübingen. 5.874 Betriebe wurden dort 1960 registriert. 1997 war noch ein Fünftel übrig, nämlich genau 1.113. Zehn Jahre später existierten von den Höfen gerade einmal 654. Auch davon starb in der Folge ein Drittel. 2010 war man bei 419 Höfen angelangt.

Und es wird nach den Prognosen von „Aktion Agrar“ weitergehen in Richtung Megaställe, Gentechnik und Monokulturen, wird politisch nicht endlich umgesteuert. Das Höfesterben erscheint als ein von Politik und Agrarindustriellobby forcierter, unheimlicher und unaufhaltsamer Prozess, der in erster Linie zu Lasten der kleinen Betriebe geht. Die Zahl der bäuerlichen Unternehmen mit mindestens 20 Hektar bewirtschafteter Fläche schnell im Gegenzug immer weiter in die Höhe.

Ziel der „Aktion Agrar“ ist eine Agrarwende hin zu einer ökologisch nachhaltigen, sozial verträglichen und bäuerlichen Landwirtschaft. Dazu könnten Verbraucher eine Menge beitragen. Sie haben es mit in der Hand, wie zum Beispiel Tiere gehalten werden. Würden sehr viele Menschen ihren Fleischkonsum reduzieren und nur noch Fleisch aus tiergerechter Haltung kaufen, bräuhete es keine Tierfabriken und keine Qualzuchten mehr.

Die „Aktion Agrar“ ruft vor diesem Hintergrund zu einem Miteinander von Verbrauchern und politischen Bürgern mit Landwirtinnen und Landwirten, sowie den Fachverbänden auf. Nur in einem solchen Bündnis, sagen die Aktivisten, könnten Veränderungen in Richtung gesundes Essen, einer sauberen Umwelt, vielfältigen Landschaften und einem Stopp des Höfesterbens bewegt werden.

Über den Einkaufskorb hinaus

Die wenigsten Menschen sind hierzu-lande auch gezwungen, nur das billigste Obst und Gemüse aus dem Discounter zu kaufen. Viel mehr Konsumenten könnten sich für solidarische Erzeuger-

Verbraucher-Modelle einsetzen. Was die Macht multinationaler Konzerne, über unsere Lebensgrundlagen und unsere Lebensmittelerzeugung zu entscheiden, einschränken würde.

Doch die Macht der Verbraucher stößt Jutta Sundermann zufolge auch an Grenzen. „Wir können definitiv nicht allein mit dem Einkaufskorb den Konflikt lösen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden oder nicht“, so die Aktivistin. Wer sich gegen Gentechnik engagieren möchte, werde nicht darum herumkommen, den politischen Streit zu suchen.

Genauso sei es auch beim Fleisch. „Es ist auf jeden Fall eine gute Idee, zumal für die eigene Gesundheit, den Verbrauch tierischer Produkte deutlich abzusenken“, so Sundermann. Aber es sei ein Trugschluss, zu glauben, allein dadurch würde sich die Welt komplett verändern. Der Fleischkonsum sei in Deutschland zwar in den letzten Jahren pro Kopf leicht gesunken: „Aber die Produktion nicht, denn was in Deutschland gespart wird, wird durch den Export mehr als aufgefangen.“

Unterschriften gegen Bayer Monsanto

Ein aktuelles brisantes Thema ist die Fusion von Bayer und Monsanto. Nach den Worten Sundermanns berichteten Zeugen im Oktober beim „Monsanto-Tribunal“, einer internationalen zivilgesellschaftlichen Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen, wie brutal der Konzern wirtschaftet. Monsanto wird vorgeworfen, schwere Verstöße gegen die Menschenrechte zu begehen.

Dennoch will sich Bayer Monsanto einverleiben, um seine Machtstellung auszubauen. Noch stehen die Genehmigungen durch verschiedene Regulierungsbehörden aus. Auch Brüssel nimmt die Fusion zwischen den Leverkusenern und dem US-Konzern unter die Lupe. Sundermann: „Bayer selbst geht davon aus, dass dies bis Jahresende dauert.“

In einer Unterschriftenaktion unter dem Motto „Kampf den Giganten“ fordert „Aktion Agrar“ EU-Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager auf, ihre rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und die geplante Fusion zu verhindern. Fast 5.000 Menschen unterschrieben bisher. Viel Anlass zur Hoffnung besteht allerdings nicht, gibt Sundermann zu: „In den letzten Jahrzehnten wurden 99 Prozent aller beantragten Fusionen von der EU-Kommission durchgewunken.“ Die EU sei ganz offensichtlich nicht der Ort, wo Fusionen eingeschränkt würden: „Man glaubt, dass es gut ist, wenn die eigenen europäischen Unternehmen noch größer werden.“

Wie groß darf ein Konzern sein?

Das Thema, wie groß Konzerne werden dürfen, wird nach Ansicht von Jutta Sundermann viel zu wenig politisiert. Die Bereitschaft, sich mit wettbewerbsrechtlichen Fragen auseinanderzusetzen, sei gerade in der linken Szene sehr gering: „Man möchte sich grundsätzlich nicht mit dem Thema ‚Wettbewerb‘ konfrontieren, da man den sowieso nicht gut findet.“ Dabei sei das Tempo, mit dem Konzerne wachsen und immer noch größer werden, erschreckend.

Die Macht multinationaler Konzerne gefährdet nach Sundermanns Auffassung die Demokratie. Denn der Einfluss auf die Politik ist immens. „Konzerne schicken Lobbyisten auf den Weg, sie werden nie müde, das Arbeitsplatzargument zu benutzen, sie finanzieren Parteien, kaufen sich NGOs oder gründen welche“, sagt sie. Dieses Thema müsste in Zukunft noch viel stärker aufgegriffen werden. 

Zur Autorin
Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.